

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heusaallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB, Mitglied des SPD-  
Präsidiums, zum 5. Jahrestag der sandinistischen  
Revolution: Dem Volk von  
Nicaragua gehört unser  
Respekt. Seite 1

Friedel Läßle MdL, Vor-  
sitzender der SPD-Frak-  
tion im Landtag des Saar-  
landes, zur Kabinetts-  
krise an der Saar: Zeyer  
weiter geschwächt.  
Seite 3

Dr. Herta Däubler-Gmelin  
MdB, Stellvertretende  
Vorsitzende der SPD-Frak-  
tion im Deutschen Bundes-  
tag, zum Umgang von CDU-  
Politikern mit Frauen-  
häusern: Probleme ver-  
harmlost - Geld verwei-  
gert. Seite 5

39. Jahrgang / 134

16. Juli 1984

Die Demokratie vorantreiben

Zum 5. Jahrestag der Revolution in Nicaragua

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 17. Juli fährt sich zum 5. Mal der Tag, an dem der langjährige Diktator Nicaraguas, Anastasio Somoza, durch Flucht die Hauptstadt Managua verließ. Die Koalition aus sandinistischen Revolutionären, bürgerlichen Demokraten und kirchlichen Patrioten hatte den Sieg über eine Diktatur davongetragen, deren Name ein Symbol für Unterdrückung, Mord und Folter nicht nur in Mittelamerika geworden war.

Die Ziele der Revolution: Politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Blockfreiheit fanden weit über Nicaragua hinaus Zustimmung und Unterstützung. Aus dem westlichen Europa, dort von Regierungen und in erster Linie von den sozialdemokratischen Parteien, wurde konkrete materielle Hilfe zum Wiederaufbau des durch die Bürgerkriegswirren und die Mißwirtschaft der Diktatur zerstörten Landes gegeben. Aber auch in den Vereinigten Staaten gab es weite Kreise, hier besonders die kirchlichen Einrichtungen, die mit Sympathie den revolutionären Aufbruch eines Volkes begleiteten.

Heute, fünf Jahre später, erhebt sich, insbesondere für die Freunde des Volkes von Nicaragua, die Frage, was von den Hoffnungen geblieben ist, die sich damals an ein kühnes Wagnis der Mischung politischer Revolution und gesellschaftlicher Reformen im Kontext Mittelamerika knüpften.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heusaallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Umsatzsteuerbefreiung  
nach § 17 Abs. 1 Nr. 1  
UStG



Das Nicaragua des Jahres 1984 gleicht einem belagerten Land. Söldner, die mit Unterstützung des Auslandes mit militärischen Aktionen die Regierung in Managua stürzen wollen, bestimmen das Bild an den Grenzen. Im Inneren gibt es die Auseinandersetzungen zwischen sandinistischer Mehrheit in der Regierung und oppositionellen Gruppierungen unterschiedlicher politischer Färbung. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten und die unverhohlene Abneigung Washingtons gegen die Sandinisten haben mit dazu beigetragen, die wirtschaftliche Lage des Landes enorm zu verschlechtern. Viele der Freunde der ersten Stunde der sandinistischen Revolution sind kritischer, stiller und nachdenklicher geworden. Die SPD und mit ihr der größte Teil der Parteien der Sozialistischen Internationale gehen nach wie vor davon aus, daß die Regierenden in Managua ihr Wort, das sie im Jahre 1979 gaben, einhalten werden: die Demokratie voranzutreiben.

Bei meinem letzten Besuch Nicaraguas zu Beginn dieses Jahres konnte ich mich persönlich davon überzeugen, daß mit den Vorbereitungen für die Wahlen am 4. November 1984 begonnen wurde. In der Zwischenzeit gehen trotz der kriegerischen Auseinandersetzungen an den Grenzen des Landes diese Vorbereitungen weiter. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes steht kurz bevor, so daß alle politischen Gruppierungen sich aktiv in den Wahlprozeß einschalten können.

An die Verantwortlichen in Managua möchte ich ein Wort der Ermutigung sagen: Nicht abzulassen, den Weg in den politischen Pluralismus trotz aller Bedrängnisse von außen und militärischen Probleme weiter zu gehen. Der Opposition in Managua rufe ich zu, nicht in der Abstinenz zu verharren, sondern sich am politischen Leben zu beteiligen; Demokratie lebt nicht nur aus der politischen Mehrheit, sondern auch aus der aktiven Minderheit heraus.

Es bleibt zu hoffen, daß das in Managua begonnene Gespräch zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten von Amerika - in der Zwischenzeit in Mexiko fortgesetzt - nicht abreißt. Der Präsident der USA muß erkennen, daß die Übertragung des Ost-West-Konflikts auf die mittelamerikanische Region nicht nur den Interessen der Völker dort abträglich ist, sondern sich auch gegen die Interessen der USA selbst auswirkt.

Die Solidarität mit Nicaragua bedeutet zweierlei: Unterstützung und Hilfe für den Aufbau des Landes auf der einen Seite, kritische Diskussion mit den Sandinisten auf der anderen Seite. Nur wer beides unternimmt, darf von sich behaupten, für Nicaragua, seine Freiheit und das Wohl seiner Menschen einzutreten. Der fünfte Jahrestag der Revolution ist in diesem Sinne Rückblick und Ausblick zugleich. Dem Volk von Nicaragua, seiner Ausdauer, seinem Mut und seinem Willen, die Unabhängigkeit nach innen und außen zu wagen, gehört unser Respekt.  
(-/16.7.1984/ks/rs)

+ + +



Regierungskrise an der Saar

Kabinettsumbildung schwächt Ministerpräsidenten Zeyer weiter

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes

"Auch eine noch so aufsehenerregende Kabinettsumbildung wird nicht darüber hinwegtäuschen, daß Zeyer Ministerpräsident ist und bleibt. Die Verluste der saarländischen CDU bei der Landtagswahl 1980 konnten vielleicht noch dem Spitzenkandidaten der CDU/CSU bei der damals anstehenden Bundestagswahl, Strauß, zur Last geschrieben werden. Aber ein so guter Sündenbock wie damals bietet sich heute nicht mehr an." So kommentierte die konservative FAZ am 9. Juli 1984 den Akt der politischen Verzweiflung der CDU-Saar, nach der Wahlschlappe am 17. Juni in panischer Reaktion und aus nackter Angst dem endgültigen Machtverlust an der Saar entgegenzuwirken. Ob die Regierungskrise im Saarland damit beendet ist, mag angesichts des immer noch amtierenden Ministerpräsidenten Zeyer mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Mit der auf Druck der CDU-Basis zustande gekommenen Kabinettsumbildung (so Günther Schwarz, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion) wurde endgültig deutlich: Zeyer steht vor dem Scherbenhaufen seiner Politik der letzten Jahre; sie ist eine politische Bankrotterklärung des abgewirtschafteten Ministerpräsidenten.

Zeyer selbst gab in dieser Regierungskrise alles andere als das Bild eines souveränen Regierungschefs und Parteivorsitzenden ab. Noch sechs Tage vor der Kabinettsumbildung erklärte er in einem Fernsehinterview wörtlich: "Ach wissen Sie, ich laß' mir nicht gerne Personaldiskussionen aufzwingen - schon gar nicht, wo überhaupt keine Veranlassung dazu besteht!" Und zu der Überstürzten, kopflosen Aktion befragte er noch nicht einmal den Koalitionspartner FDP - so jedenfalls FDP-Landesvorsitzender Klump in einem Rundfunkinterview, der im Übrigen die ganze Operation als überflüssig ansah. Und wenn der neue Innenminister Scherer es schon für nötig hält, gegenüber der FAZ deutlich zu machen, daß seine Rückkehr in die Regierungsverantwortung "nicht als ein Schritt zur Ablösung Zeyers' verstanden werden dürfe" - dessen mangelnde Darstellungsfähigkeit Scherer nach dem 17. Juni kritisiert hatte -, spricht dies für sich.

Von einem "Signal des Aufbruchs" - wie es Zeyer mit großer publizistischer Unterstützung im Saarland verkündet - kann nun beim besten Willen nicht die Rede sein, wenn man sich das neu-alte Kabinett ansieht: "Durch Umrühren eines angebrannten Breis und dem Hinzufügen von ähnlich schmeckenden Zutaten bleibt der Brei dennoch der gleiche", war selbst aus CDU-Kreisen zu vernehmen. In der Tat:



- o Mit Scherer wurde ein Mann in das Kabinett gehievt, unter dessen CDU-Landesvorsitz in den 70er Jahren der Abstieg der CDU-Saar begann, und der in den letzten Jahren bereits an allen Kabinettsentscheidungen maßgeblich beteiligt war.
- o Mit Budell wurde ein Mann Umweltminister, der sich mit seiner Umweltpolitik seit 20 Jahren nicht in der CDU-Saar durchsetzen konnte, von der eigenen Fraktion nie ernst genommen wurde und jetzt eine Alibifunktion für das mit Skandalen belastete Umweltressort wahrnehmen muß.
- o Mit Becker verliert das Kabinett einen blassen Technokraten ... und erhält mit Hein einen ebenso fahlen Buchhalter, der aus der ehemaligen CDU-Hochburg Saarlouis eine immer größere Bank für die SPD gemacht hat.
- o Das Versetzen der Minister Knies und Zeitel in andere Ressorts erscheint selbst 'gutwilligen' Journalisten als "wenig plausibel", zumals sie angeblich gute Arbeit geleistet haben.

Etwas Positives geschah allerdings: Der durch Umweltskandale belastete und nicht mehr länger tragbare Minister Schacht wurde entlassen. Zeyer mag zwar noch so nachdrücklich behaupten, daß Schacht nicht wegen der Skandale aus der Schußlinie genommen wurde - es glaubt ihm niemand, zumal die Öffentlichkeit bereits mehrfach den unvermeidbaren Abgang Schachts verlangt hatte.

Alles in allem: Das neu-alte Kabinett Zeyer nützt dem Saarland wenig, weil sich an der Politik eines Kabinetts unter Zeyer nichts ändern wird. Das Drama der letzten Tage war lediglich ein weiterer Schritt bei der Abwicklung des politischen Konkurses seiner Regierung.

(-/16.7.1984/ks/rs)

+ + +



### CDU entzieht Frauenhäusern die Finanzen

---

Die Gewaltanwendung gegen Frauen paßt nicht ins Bild der Rechtskoalition

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Seit dem Spitzengespräch über mögliche Neuregelungen in der Finanzierung von Frauenhäusern am 7. Juni 1984, zu dem Familienminister Geißler Vertreterinnen von Frauenhäusern sowie Ländervertreter und kommunale Verbände eingeladen hatte, ist es merkwürdig still um dieses Thema geworden. Mit großem Aufwand hatte Geißler diese Veranstaltung sowie eine vorhergegangene Fachtagung im Januar zur "Gewalt gegen Frauen" inszeniert und damit große Erwartungen geweckt. Wenn es jedoch ans "Eingemachte" gehen soll, nämlich an die Finanzen, wartet man vergeblich auf Taten des Bundesministers. Nach Meinung der Bundesregierung bietet "das geltende Sozialhilferecht bei voller Ausschöpfung eine ausreichende Rechtsgrundlage ... einer im Frauenhaus suchtsuchenden Frau und ihren mitbetroffenen Kindern, die im Einzelfall notwendigen materiellen und persönlichen Hilfen zukommenzulassen, und damit die Tätigkeit der Frauenhäuser finanziell absichert".

Wie dringend notwendig jedoch eine Neuregelung der völlig zersplitterten und unsicheren Finanzierung der etwa 120 Frauenhäuser in der Bundesrepublik ist (sie werden beispielsweise durch Bußgelder, Spenden, Kommunen, Länder oder Arbeitsämter finanziert), zeigt die lange Liste von Frauenhäusern, die mangels ausreichender Finanzierung geschlossen werden müssen. Gerade CDU-Frakturen in Kreisen und Gemeinden erschweren die Arbeit der Frauen in den Frauenhäusern durch Kürzung der Zuschüsse zusehends oder machen sie völlig unmöglich.

Es sind dieselben Politiker, die die physische und psychische Gewalt von Männern gegenüber ihren Ehefrauen oder Partnerinnen als Problem herunterspielen und die Arbeit der Frauen in den Frauenhäusern als "familienzerstörend" abqualifizieren. Jüngstes Beispiel dieser Politik: Das Frauenhaus in Freudenstadt, das geschlossen werden mußte, weil eine zeitliche Verlängerung der ABM-Stelle abgelehnt wurde. Nach den Leidtragenden - jährlich etwa 40 Frauen mit Kindern - fragt niemand. Gewalt gegen Frauen als gesellschaftliches und nicht als bloß individuelles Problem wird verharmlost, im schlimmsten Falle interessiert sie gar nicht. Dabei müßten die ständig steigenden Zahlen hilfeschuchender und mißhandelter Frauen und die völlig überfüllten Frauenhäuser, die ständig um ihre finanzielle Existenz bangen müssen, alarmierend genug sein.

Dies gilt aber offensichtlich nicht für diejenigen, die sich auf der anderen Seite so gerne des frauen- und familienfreundlichen Charakters ihrer Politik rühmen. Unterstützung von dort haben die Frauenhäuser wohl kaum zu erwarten. Man verläßt sich offensichtlich auf die unbezahlte und ehrenamtliche Arbeit von Frauen, denn die Einzelfallhilfe, die im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes gewährt wird, reicht allemal nicht, um eine ausreichende personelle Ausstattung der Frauenhäuser sicherzustellen. Sie bedeutet in bitterster Konsequenz, daß möglichst viele Frauen in den Frauenhäusern Schutz suchen und Sozialhilfe erhalten, um damit die Finanzierung des Frauenhauses sicherzustellen.



Dies ist die eine Konsequenz. Die andere: Sozialhilfe heißt eben "Hilfe zur Selbsthilfe"; sollen sich die Frauen doch selbst helfen. Damit werden qualifizierte, bezahlte Frauen überflüssig, die psychosoziale Hilfe leisten, die die durch das Erlebnis der Gewalt oftmals erheblich verhaltensgestörten Kinder betreuen, die sich schließlich um die Nachbetreuung der mißhandelten Frauen kümmern.

Hauptamtliche Kräfte sind entbehrlich, weil zu teuer. Arbeiten sie unbezahlt, sind sie hingegen unentbehrlich. Gegen diese Konsequenzen wehren sich die Frauen, die tagtäglich Frauenhausarbeit leisten, mit Recht.

Sozialdemokratisch regierte Länder, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen und Hessen zeigen demgegenüber beispielhaft, wie Frauenhäuser finanziell abgesichert werden können: Sie erhalten Mittel aus den dafür vorgesehenen Haushaltstiteln (Nordrhein-Westfalen: 2,1 Millionen DM in 1984, Hessen: Drei Millionen in 1984). Diese Lösung wäre auch übertragbar auf die Bundesebene in Form eines Bundesgesetzes zur Finanzierung von Frauenhäusern. Sie stellt im Grunde die einzig ehrliche, gesellschaftliche Antwort auf das gesellschaftliche Problem der Gewalt gegen Frauen dar und verhindert, daß Frauen selbst wieder für ihre Situation verantwortlich gemacht werden.

Wir müssen jedoch befürchten, daß die Rechtskoalition auch hier bei ihrer starren und uneinsichtigen Haltung bleibt: Einrichtungen, die Frauen wirksame Hilfe leisten und Frauen in ihrer Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung bestärken, sind der Bundesregierung ein Dorn im Auge. Das gilt für pro familia genauso wie für die Frauenhäuser - sie passen nicht in das Familien-, schon gar nicht in das Frauenbild der Rechtskoalition. Das bekommen sie nun mit aller Härte zu spüren.

(-/16.7.1984/ks/rs)

+ + +

